

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

ersch. jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführerlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
In Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vielw. - Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsans. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsans. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt Königsstadt, Nr. 472 v

Nr. 49.

Berlin, Mittwoch, 18. Juni 1913.

Funfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein Gedentag. — Organisationsmüdigkeit? —
Der Arbeiter und das Kino. — Allgemeine Rundschau.
— Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur.
— Anzeigen.

Ein Gedentag.

Am heutigen 18. Juni sind es 25 Jahre her, daß der Mitbegründer und vielbewährte Freund der Deutschen Gewerksvereine, Franz Dunder, gestorben ist. Aeltere Gewerksvereinskollegen erinnern sich noch jenes Tages, der unserer Bewegung diesen schmerzlichen Verlust brachte. Sie wissen zum Teil auch aus eigener Erfahrung, was Franz Dunder für die Deutschen Gewerksvereine bedeutet hat. Für die jüngeren Mitglieder aber dürften einige Worte des Gedenkens wohl angebracht sein.

Franz Dunder war ein Mann von hervorragenden Geistesgaben. Die Kunst, sich die Sympathien aller zu erwerben, war ihm besonders eigen. Sein Herz und seine Kraft gehörten dem Vaterlande, dem Volke und innerhalb des Volkes vor allem den Arbeitern. Kein Wunder, daß er sich besonders zu den Deutschen Gewerksvereinen hingezogen fühlte, deren hohe Mission er sofort mit klarem Verständnis erkannte. Als Dr. Max S t r i c h in den 60er Jahren seine „Sozialen Briefe“ aus England in der Franz Dunder gehörenden „Volkstztg.“ veröffentlichte, da war es dieser Mann, der die neuen Ideen sofort mit Begeisterung aufnahm und sich entschloß, an der Seite seines Freundes Strich für ihre Verwirklichung zu kämpfen. Seine Volkstümlichkeit und zündende Beredsamkeit kamen ihm und der Sache dabei sehr zu statten, und so viele Bedenken auch aus den Reihen seiner Freunde in der Fortschrittspartei sich erhoben, Dunder ließ sich in seinem Vorhaben nicht beirren. Er war es, der die bahnbrechende Arbeiterversammlung im Univerjum zu Berlin am 28. September 1868 eröffnete und leitete, der als Vorsitzender der Berliner Gewerkskommission zur Beratung der Musterstatuten wirkte und sie in seinem damals weitverbreiteten Blatte veröffentlichte.

Mit Recht darf deshalb Dunder als Mitbegründer der Deutschen Gewerksvereine angesehen werden, die seinen Namen für alle Zeiten in ihre Firma aufgenommen haben. Oftmals hat nachher Franz Dunder Gelegenheit gehabt, in schwierigen Lagen mit Wort und Schrift für die Sache der Deutschen Gewerksvereine einzutreten. Besonders auch im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus hat er häufig genug die Deutschen Gewerksvereine, ihre Grundsätze und Ziele gegen ihre Widerjäger verteidigt. 20 Jahre hat er so unsere Bewegung zu fördern versucht. Deshalb wird der Name Franz Dunder auch in der Geschichte der Deutschen Gewerksvereine stets genannt werden. Und wenn wir heute am 25. Jahrestage seines Todes uns seiner erinnern, so geschieht dies in Dankbarkeit und Verehrung für einen aufrichtigen Arbeiterfreund.

Organisationsmüdigkeit?

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung im Jahre 1912 nicht die Erfolge bei der Gewinnung von Mitgliedern gehabt haben, die sie zweifellos erwarteten. Wenn man die Berichte durchsieht, so ist der verzeichnete Zuwachs entweder nur gering, oder die Mitgliederzahlen sind ungefähr dieselben geblieben. In den Deutschen Gewerksvereinen betrug die Zunahme der Mitglieder gegen das Vorjahr rund 1500. Wie wir dies schon längst gewöhnt sind, haben unsere lieben Freunde zur Rechten und Linken diese allerdings nicht gerade starke Entwicklung zum Gegenstand von allerlei häßlichen Betrachtungen gemacht. Hier und da hat man uns sogar schon für tot oder doch zum mindesten als im Absterben befindlich erklärt. Nun, wir werden Gelegenheit haben, unseren Gegnern noch recht oft Beweise von unserm Dasein und unserer Tätigkeit zu liefern.

Das Verhalten der Gegner muß aber um so eigenwilliger wirken, wenn man einen Einblick tut in ihre Tätigkeitsberichte. Vor uns liegt die Nr. 24 der „Metallarbeiterzeitung“, die sich mit der bevorstehenden Generalversammlung beschäftigt. Gleich im ersten Abschnitt des betreffenden Artikels ist auch von der Mitgliederbewegung die Rede. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat auf seiner letzten Generalversammlung eine Beitragserhöhung vorgenommen, von der einige eine unangenehme Wirkung auf den Mitgliederstand befürchteten. Das scheint auch eingetreten zu sein. Denn in dem fraglichen Artikel der „Metallarbeiter-Ztg.“ heißt es: „Es sind aber auch nicht die ich in meinen Wirkungen eingetreten, die von den Gegnern der Beitragserhöhung vorausgesetzt worden waren. Die Mitgliederzunahme ist zwar etwas verlangsamt worden, aber sie war immerhin noch eine bedeutende.“ Wer die praesentische Sprache der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse kennt, der stellt hier zwischen den Zeilen, daß das letzte Jahr für den Metallarbeiterverband bezüglich der Mitgliederzunahme ein sehr unangünstiges gewesen sein muß, und was von dieser Berufsvereinigung gilt, das trifft auch für die anderen sicherlich zu. Allerdings man leugnet es auf jener Seite, und man wird vielleicht auch unsere Schlussfolgerungen als unrichtig hinstellen. Die Tatsachen aber stehen sicherlich auf unserer Seite.

Auch die christlichen Gewerkschaften haben im Jahre 1912 keine Zeide spinnen können. Neben dem Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat der Streit um die päpstliche Enzyklika überaus nachteilige Wirkungen auf sie ausgeübt. In seinem Tätigkeitsbericht muß der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zugeben, daß dadurch „vorübergehend die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften lähmend beeinflusst“ worden sei. An einer anderen Stelle wird mit Bezug auf den Kampf gegen die Berliner Richtung gesagt, daß dadurch Kräfte in der Abwehr verwendet werden mußten, nach denen in der positiven Arbeit eine schreiende Nachfrage bestand. „Was da verloren wurde, ist unwiederbringlich dahin, wenigstens insofern, als es dem gemeinsamen Gegner zugefallen ist.“ Dann kommt der Appell zur energischen Aufnahme der Agitation. Darin finden sich die Sätze: „Jetzt muß es wieder vorwärts gehen!“ und „Jetzt darf es keinen Stillstand mehr geben!“ So etwas jagt man nicht, wenn die Bewegung in der Aufwärtsentwicklung begriffen ist.

Und endlich die katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung! In ihrem Jahresbericht wird

allerdings bemerkt, daß die Zahl ihrer Vereine etwas gestiegen ist. Indessen, so heißt es, „die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht verändert“. Es wäre merkwürdig, wenn die Zahl genau dieselbe geblieben wäre. Hätte sie auch nur eine kleine Zunahme erfahren, so würde davon sicherlich in dem Jahresberichte Notiz genommen worden sein. So tut man den „Berlinern“ sicherlich kein Unrecht, wenn man annimmt, daß sie tatsächlich Mitglieder verloren haben. In dieser Lieberzeugung muß man noch bestärkt werden, wenn man die Summen für die Einnahmen und Ausgaben ins Auge faßt. Die Einnahmen sind im Jahre 1912 gegen das Vorjahr um über 30 000 Mk. gesunken. Auch die Ausgaben sind um 50 000 Mk. im Berichtsjahre geringer als im Jahre vorher. Das kann doch nur daher rühren, daß weniger Mitglieder Beiträge bezahlt, bezw. Unterstüßungen erhalten haben.

Wenn wir diese Tatsachen hier anführen, so geschieht dies gewiß auch deswegen, um zu zeigen, daß die andern Organisationen gar keine Ursachen haben, sich über die verhältnismäßig geringe Mitgliederzunahme der Deutschen Gewerksvereine aufzuhalten, mit der wir uns aber immerhin noch leben lassen können. Auch bei den anderen sah es nicht besser aus. Die mangelhafte Entwicklung der Organisationen sollte deshalb allen Beteiligten Anlaß geben, einmal über die Ursachen nachzudenken. Gewiß spielen da besondere Momente, von denen einzelne Richtungen betroffen werden, eine gewisse Rolle. Vielleicht hat auch die lange Dauer der günstigen Konjunktur mit dazu beigetragen, eine gewisse Organisationsmüdigkeit hervorgerufen. Viele Arbeiter denken nicht daran, daß es auch einmal wieder schlechter werden kann. Sie sind deswegen nicht für die Organisation zu haben oder treten gar wieder aus. Sollten aber nicht auch die heftigen und oft persönlich gehässigen Kämpfe zwischen den verschiedenen Richtungen mit schuld daran sein, daß so große Menge von Arbeitern der Organisation noch fernstehen? Wenn man Gelegenheit hat zu beobachten, wie es gewöhnlich in den Agitationsveranstaltungen der einzelnen Organisationen hergeht, wenn gegnerische Redner sich zum Wort melden, und die Vertreter der verschiedenen Richtungen sich gegenseitig herunterreißen und so schlecht machen, daß ein anständiger Mund eigentlich von ihnen kein Stück Brot mehr annehmen dürfte, dann braucht man sich schließlich nicht zu wundern, daß die anwesenden Unorganisierten, die man gewinnen will, sich mit Widerwillen abwenden und leider jeder Organisation fernbleiben. Auch die oft widerwärtigen Kämpfe in der Presse tragen das ihrige dazu bei.

Wenn es anders werden soll, so müssen die verschiedenen Organisationen miteinander rechnen. Sie müssen sich anerkennen und auch die Lieberzeugung des Gegners adsten lernen. Nicht in persönlicher Weise muß der Kampf zwischen den Organisationsrichtungen durchgeführt werden, sondern auf dem Boden ihrer Grundanschauungen. Man soll nicht vergessen, daß, ganz abgesehen von den Gelben, die schlimmsten Gegner der Organisationen in der Arbeiterchaft nicht die Andersorganisierten, sondern die Nichtorganisierten sind. Gegen diese, gegen den Indifferentismus muß man sich wenden, und wenn alle Organisationen ihre Hauptaufgabe darin erblicken, diese Gleichgültigen für sich zu gewinnen, wenn sie die Kräfte, die sie in gegenseitigen Kämpfen versplittern, verwenden auf die Gewinnung Unorganisierten, dann wird jene Organisationsmüdigkeit, die aus den Jahresberichten der verschiedenen Richtungen spricht, bald nicht mehr zu beobachten sein.

Leider können wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß diese unsere wohlgemeinten Worte auf fruchtbaren Boden fallen. Vielleicht aber werden sie hier und da doch beherzigt. Wird danach gehandelt, so hat die organisierte Arbeiterschaft in ganzen davon den Vorteil.

Der Arbeiter und das Kino.

Das Kino hat sich, lange unstritten, nunmehr seinen Platz erobert. Es ist ein Kulturfaktor geworden, mit dem wir uns auseinander setzen müssen. Selbst die exakte Wissenschaft muß das zugeben; denn auch sie hat den Kinematographen bereits ganz in ihren Dienst gestellt. Mit Hilfe des Ultra-Mikroskops vermag der Naturwissenschaftler oder Mediziner z. B. heute schon den Blutkreislauf in den Adern und Aderchen des Menschen, des Tieres oder der Pflanze, die Einwirkungen des Serums unmittelbar nach der Einprägung und dergleichen mehr kinematographisch festzuhalten und wiederzugeben. Ein unbedingt zuverlässiges Anschauungsmaterial dieser Art eröffnet der Lehr- und Forscherarbeit ungeahnte Ausblicke.

Aber der Kinematograph dient keineswegs bloß der Wissenschaft, sondern vor allem der Unterhaltung und Belehrung der großen Masse. Darin liegt seine eigentliche soziale Bedeutung. Das Kino kann nach der Zeitung der zweite große Bildungsfaktor des Volkes werden. Gewissermaßen eine Ergänzung zur Zeitung, eine lebendige illustrierte Zeitschrift.

Allerdings hat das Kino in seinen ersten Anfängen viel Schuld auf sich geladen, zu viel vielleicht durch die Spekulation auf die niedrigen Instinkte der Masse, durch die ziemlich genaue Darstellung von Sensations- und Verbrechertatzen. Aber welches Reue, das sich elementar Bahn bricht, hält sich frei von Uebertreibungen? Auswüchse gibt es überall. Wo sie der Sittlichkeit schädlich werden, müssen sie aber beseitigt werden. Und das ist dem Kino gegenüber jetzt auch geschehen; ihm sind die Fesseln gestrichen. Das Kino hat die groben Mittel, mit denen das Kino ursprünglich arbeitete, aber erreicht: Sie haben dem Kino die Massen im Fluge erst einmal angeführt. Die Buddhisten nennen das Schlechte eine Vorstufe des Guten. Dieser Vergleich trifft auch hier zu.

In der Tat, das Kino wird gerade im Leben des Kinderbewusstseins, also des Arbeiters, von Jahr zu Jahr eine bedeutendere Rolle spielen. Man weiß, daß der moderne Arbeiter unter dem Brinze der Arbeitsteilung, das ihn dazu verurteilt, tagaus tagein ein und dieselbe kleine Teilarbeit zu verrichten, ungesund leidet, nicht nur körperlich, sondern auch geistig. Man weiß, daß er geistig stumpf und schließlich selbst nichts anderes als eine geistlose Maschine werden würde, wenn ihm außerhalb der Arbeitsstätte nicht irgend eine geistige Ablenkung, irgend eine förderliche Anregung würde. Und so hat sich ganz von selbst die Notwendigkeit einer Verkürzung der langen Arbeitszeit ergeben, damit das Ich des Arbeiters, das sich früher, im Handwerk und im Kunstgewerbe, bereits während und in der Arbeit selbst voll entfalten konnte, genügend zu seinem Rechte kommt. Die Einen widmen nun ihre freie Zeit fast ausschließlich der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation, die Anderen fühlen sich, wenn sie in Eigenhäusern wohnen, im Garten arbeitend, am wohlsten im Kreise ihrer Familie, die Dritten finden, aus den verschiedensten Gründen heraus, den größten Gefallen am Vereins- und Wirtschaftsleben. Hier oder dort, überall ist aber der Hunger nach Abwechslung die Triebkraft zur Betätigung außerhalb des Berufes, das Verlangen nach einer geistigen Betätigung. Die Zeitung allein genügt nicht. Ihre Lektüre kann auch die freie Zeit nicht ausfüllen. Bücher lesen meist eine zu angestrengte geistige Vertiefung voraus, zu der nach stundenlanger körperlicher Arbeit oft die Spannkraft fehlt. Sie können mithin nur von Zeit zu Zeit in Frage kommen. Was der Arbeiter indessen geradezu instinktiv nach dem gestöhnenden Eiserle der modernen Fabrikarbeit verlangt, ist weniger die langatmige Betrachtungsweise der Bücher als Handlung, dargestellte Handlung, die ihn unmittelbar fesselt. Man hat oft darüber geklagt, daß der Arbeiter Theater und Musik wenig Interesse entgegenbringt. Das ist ein Fehlschluß. Keine Volksschicht ist bildungs- und kunstunfähiger als der Arbeiterstand. Nur an zweierlei hat's dem Arbeiter und seiner Familie bisher gefehlt, um diesen Reigungen nachgehen zu können, an Zeit und an Geld. Weder ist er häufig in der Lage, mehrere Stunden am Abend einem Kunstgenusse zu opfern, noch viel Geld für die immerhin kostspieligen Theater- und Konzertbesuche und eine angemessene Garderobe

aufzuwenden. So schien die Kunst, aristokratisch, nur für die bemittelten Volksschichten zu sein.

Da trat das Kino auf den Plan, und mit ihm vollzog sich allmählich eine Revolution in der Kunst. Die Kunst wurde demokratisch. Für billiges Geld konnte man bald nicht nur interessante Bildererien aus allen möglichen Situationen des Lebens, heiterer und ernster Art, wissenschaftliche Aufnahmen aus dem Reiche der Naturwissenschaft, Medizin, Völkerverkunde und Technik in allen ihren Formen, sondern auch Bühnenwerke, also in sich geschlossene Kunstwerke, sehen. Der dramatischen Künstkunst haben sich heute bereits unsere ersten darstellenden Künster zugewendet. Und unsere dramatischen Schriftsteller wetteifern mit einander, Stücke für das Kino zu schreiben. Wir dürfen mithin von wirklichen Künstgenüssen sprechen, die uns in einem Kino geboten werden können.

Und das Charakteristische dieser neuen Kunst ist, daß sie so ganz unseren modernen Zeitempfindungen entspricht, jenem fortwährenden Rechnen und Feilschen mit der Zeit, die — nach dem englischen Worte time is money — dem Gelde schließlich gleichgesetzt wird. Das Kino kennt keine langatmigen psychologischen Begründungen der werden- den Handlung, kennt keine ausführlichen Einleitungen, kennt kein überflüssiges literarisches Beiwerk. Das Kino läßt sich nur von dem einen Grundgedanken leiten, dem Schauenden Handlung zu geben, — nichts weiter. Die Erklärungen der Vorgänge auf dem Film sind auf das Notwendigste beschränkt. Nur hin und wieder geben uns die Seelen der auftretenden Personen gleichsam ihre Bittensarten ab: „Zeh, tu denke ich im Augenblicke.“ Stumme Monologe im Telegrammstil. Und wir verstehen die paar Worte. Der Phantastie bleibt der größte Spielraum, und darum arbeitet sie mit, lebt und leidet mit den Menschen auf dem flimmernden Film. Und weil die Handlung im Gegenstich zu all den aufhaltenden Momenten auf der Theaterbühne rasch vorwärts drängt und nicht einen Augenblick rastet oder ruht, werden auch unsere geistigen Kräfte, die Aufmerksamkeit und die Verarbeitung des Stoffes, doppelt, nein vier- oder fünffach so stark in Anspruch genommen und auch viel schneller verbraucht als im Theater, wo zu der Handlung die schleichende Wortkunst tritt. Im Theater ist die Kunst, als geistige Arbeitsleistung für die Zuhörer betrachtet, auf Ohr und Auge, also auf zwei aufnehmende Organe gestellt, im Kino nur auf eins, auf das Auge. Daraus erklärt sich denn auch die starke geistige An- oder Abspannung, wie man's nehmen will, mit der wir das Kino bereits nach einer einstündigen Aufführung verlassen.

Der Arbeiter sucht mit Recht heute im Kino geistige Anregung auf künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiete. Hier wird ihm, wonach er aus ist. Nach dem geistermüdernden Einzelre der modernen Fabrikarbeit eine starke, unaufhaltsam vorwärtsschreitende Handlung, die sein ganzes Denken fortreibt, ja erregt. Die Phantastie wird belebt; sein Leben gestaltet sich reicher. Denn auch die Kinokunst kann zu einem großen inneren Erlebnis werden, an dem er wer weiß wie lange zehrt. So sucht und findet der Arbeiter im Kino einen seelischen Ausgleich zu seiner eintönigen Arbeit. Einmal die anderen liegen vorwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete.

Wenn man so das Wesen und die Aufgabe des Kinos betrachtet, wird man unermüdlich an der Bereicherung und Bereicherung der Kinokunst arbeiten. Denn dann kann das Kino wirklich noch einmal ein so gewaltiges Aufklärungs- und Bildungsmittel für das ganze Volk werden, wie es heute schon die Zeitung ist.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 17. Juni 1913.

An die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wendet sich ein Flugblatt, das die Hauptleitung unseres Gewerkevereins der Textilarbeiter verfaßt hat. Es wird darin hingewiesen auf die gedrückte Lage der deutschen Textilarbeiterchaft, die noch dadurch verschlechtert wird, daß Nahrungsmittel und Bedarfsartikel stark im Preise gestiegen sind. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter sich bemühen müssen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Dabei finden sie hartnäckigen Widerstand bei den Unternehmern, die sich fast unammenschlossen haben und solidarisch die Veruche der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage zurückweisen. Dafür werden drastische Beispiele angeführt. Der einzige Schutz, den die Arbeiter sich verschaffen können, ist der Zusammenichluß mit ihren Berufsgegnossen. Der Macht der Arbeitgeber muß noch eine größere der Arbeiter entgegengestellt werden:

dann werden die bisherigen Demütigungen und Unterdrückungen von selbst unterbleiben. In dem Flugblatt werden dann die verschiedenen in Betracht kommenden Organisationen charakterisiert. Einzig und allein aber der Gewerkeverein der Textilarbeiter ist infolge seiner parteivollständigen und religiösen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in der Lage, alle Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen zu umfassen. Er hat die richtige Organisationsform gefunden. Deshalb wird an die Arbeiter und Arbeiterinnen die Mobilmacht gerichtet, dem Gewerkeverein der Textilarbeiter beizutreten, dessen Leitungen in einer übersichtlichen Aufstellung vor Augen geführt werden.

Wir können nur dringend wünschen, daß dieses Flugblatt größtmögliche Verbreitung findet und der Ruf in den Reihen der Textilarbeiter, deren Los ja tatsächlich ein überaus trauriges ist, recht lebhaften Widerhall findet. Alle Verbandskollegen erwerben sich ein Verdienst nicht nur um die Sache der Gewerkevereine, sondern vor allem auch um die armen Textilarbeiter und -arbeiterinnen, wenn sie dieses Flugblatt mit verteilen helfen, wenn sie aber auch dafür sorgen, daß recht viele neue Mitglieder dem Gewerkeverein der Textilarbeiter angefügt werden. Der Hauptvorstand desselben in Spreuerberg (Lausitz), Wilhelmplatz 1, ist selbstverständlich gern bereit, zur Agitation das erforderliche Material zur Verfügung zu stellen.

Sehr vernünftige Anschauungen über das gewerbliche Einigungsweesen traten am den 40. Deutschen Gewerkschaftstag, der kürzlich in Bremen stattgefunden hat, zutage. Dem geschäftsführenden Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes lag ein Antrag vor auf Errichtung von paritätischen Schiedsgerichten, um dem bedenklichen Aufschwollen von Lohn- und Gewerkschaftstreiks bei den Gewerbe- und Innungs-schiedsgerichten Einhalt zu gebieten. Der geschäftsführende Ausschuss hat sich daraufhin an den Magistratsrat Dr. v. Schulz, den Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts, gewandt und von ihm ein Gutachten erbeten. Dr. v. Schulz hat daraufhin erklärt, daß eine solche Einrichtung eine große Erleichterung für das gewerbliche Streitverfahren sein würde. Daraufhin beantragte der geschäftsführende Ausschuss, daß der Gewerkschaftstag sich mit der Einrichtung derartiger Instanzen einverstanden erklären möge. Der Antrag hatte eine recht lebhafte Ansprache zur Folge, in der von einem Vertreter aus Magdeburg betont wurde, daß man dort eine derartige Institution bereits besitze, Ausgleichsverhufe damit gemacht und gute Erfolge erzielt habe. Ein Berliner Delegierter fügte hinzu, daß die Ablehnung eines derartigen Antrags einer Nichtachtung der Gehilfenorganisationen gleichkommen würde. Es liege hier ein beachtenswerter Schritt vor, der vielleicht zum Abschluss von Tarifverträgen im Gewerkschaftsgewerbe führen könne.

Das Ergebnis der Debatte war, daß entsprechend dem Antrage des geschäftsführenden Ausschusses die Errichtung solcher Schiedsgerichte in Aussicht genommen werden soll. Diese Entscheidung ist mit Freuden zu begrüßen. Sie wird dazu beitragen, nicht nur überflüssige Prozesse vor den Innungs- und anderen Gerichten zu verhüten, sondern auch den Organisationsgedanken unter den Angestellten zu fördern, da ja nur die Organisationen den Abschluss von Tarifverträgen betreiben können. Je stärker aber die Organisation, um so eher ist eine Besserung der sozialen Verhältnisse möglich, die gerade im Gewerkschaftsgehilfenstande so dringend notwendig ist.

Der Kampf gegen den süddeutschen Eisenbahnerverband in Bayern ist in ein neues Stadium getreten. Der schon seit längerer Zeit angeführte Rebers für das Regional der Verkehrsverwaltung ist zur Einführung gelangt; denn allen zum Eisenbahn- und Postdienst neu Zugehenden wird folgendes Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt:

„Im staatlichen und dienstlichen Interesse muß von dem Personal der Verkehrsverwaltung der unbedingte Verzicht auf die gemeinsame Einstellung der Arbeit oder des Dienstes es gefordert werden. Dem Personal ist strengstens untersagt, Vereinen anzugehören, deren Verhalten nicht die genügende Sicherheit dafür bietet, daß sie von dem Mittel einer solchen Einstellung der Arbeit oder des Dienstes im Bereiche der Verkehrsverwaltung keinen Gebrauch machen werden.“
Zu behätige, Kenntnis erhalten zu haben, daß zu diesen Vereinen zugeht die freien Gewerkschaften der Metall- und Transportarbeiter sowie der Verband des Süddeutschen Eisenbahner- und Postpersonals gehören.“

Alle Versicherungen des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, daß er vom Streikrecht nichts wissen wolle, sind also vergeblich gewesen. Man will ihm unter allen Umständen den Lebensfaden abschneiden. Denn wenn ein solcher Verband schon mit den freien Gewerkschaften auf eine Stufe gestellt wird, so werden sich ängstliche Gemüter unter den Staatsarbeitern hüten, dort beizutreten. Alles das geschieht zur Förderung der christlichen Gewerkschaften, die namentlich in Bayern die treueste Geistesrichtung des Zentrums sind. Daher begrüßt denn auch die Zentrumspresse das Vorgehen der Regierung auf das freudigste. Nur wird noch die nötige Energie vermisst, denn „die jetzige Regelung ist eine sehr milde“, so meint der „Bayer. Kurier“, das führende Zentrumsblatt, weil man den Hoveis bloß von den Neueintretenden verlangt, die bisherigen Mitglieder aber in ihren Organisationen belassen will.

Die bayerische Regierung scheint kein Verständnis dafür zu haben, daß man durch solche Maßnahmen nur Heuchler erzieht und eine Mißstimmung erweckt, von der gerade diejenige Richtung den meisten Vorteil hat, die man bekämpfen will.

Arbeiterbewegung. In Stettin haben bereits mehrere Verhandlungen zwischen den Unternehmern der Konfektionsindustrie und den Arbeitnehmern stattgefunden. In einer Einigung ist es aber bisher noch nicht gekommen, da die Arbeitgeber nur auf der Basis des alten Tarifes verhandeln wollen. Die Arbeitnehmer verlangen dagegen, daß auf Grund ihres neuemereichten Tarifentwurfs verhandelt werde, da im alten Tarif ganze Kategorien von Arbeitern, wie die Sohlen- und Weitenarbeiter, nicht bedacht sind und demzufolge auch wieder bei dem neuen Tarif ausfallen würden, wenn nur auf der Grundlage des alten Tarifes verhandelt würde. Die Parteien haben beiderseits, falls bis zum 20. Juni keine Einigung zustande kommt, die beiderseitigen Hauptvorstände mit Einziehung der örtlichen Vertretungen eine Einigung versucht. Die Verhandlungen der Hauptvorstände dürften nächsten Montag beginnen. Kommt eine Einigung nicht zustande, dann dürfte am 1. Juli ein Kampf beginnen, von dem mindestens 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen würden. — In Elberfeld. Parmenten haben die Färbereibetriebe bekannt gemacht, daß sie nach Beendigung des Streiks, spätestens jedoch am 1. August, eine Erhöhung des Wochenlohns um 1 Mk. eintreten lassen wollen, wenn bis zum 17. d. M. in allen Betrieben die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden ist. Eine Verhandlung mit den Organisationsvertretern lehnen die Unternehmer ab. — In Kolberg befinden sich seit einiger Zeit die Siegelarbeiter in einer Bewegung. Sie sind schließlich in den Streik getreten, weil die Unternehmer Verhandlungen runderum abgelehnt haben. Die Versuche, Arbeitswillige heranzuziehen, sind bisher so gut wie völlig mißlungen. — Der Dachdeckergehilfen in Kassel ist es gelungen, einen Tarif abzuschließen, der eine erhebliche Lohnerhöhung und eine Regelung der Lohnverhältnisse sowie eine Verzögerung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden bringt. — Die Hauschlosser in Chemnitz sind, da ihr Tarif am 30. Juni abläuft, in eine Bewegung eingetreten, da die Meister im neuen Vertrag erhebliche Verschlechterungen durchzuführen verstanden. Namentlich will man die Zuschläge für Ueberstundenarbeit bedeutend herabsetzen.

Der Streik der Straßenbahnangestellten und Metallarbeiter in Mailand, der erst vor kurzem beendet worden ist, hat weitere Folgen gezeigt. Gelegentlich der Bewegung wurde eine Anzahl von Leuten, die hauptsächlich mit der Leitung des Streiks betraut waren, verhaftet. Sie sind jetzt zu außerordentlich hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden, worauf die organisierten Arbeiter beschlossen haben, den Generalstreik zu proklamieren.

Die Löhne der Bergarbeiter haben, wie wir kürzlich mitteilten, im Ruhrbergbau durchweg eine Erhöhung erfahren. In andern Kohlenrevieren aber sieht es nicht so günstig aus. Im Braunkohlenbergbau des Bezirkes Halle ist im ersten Vierteljahr 1913 gegen das letzte Vierteljahr 1912 ein Rückgang in Schichtlohn um 6 Pfg. zu verzeichnen und im linksrheinischen Braunkohlenbergbau um 2 Pfg. Ähnliche Verschlechterungen kann man im Salzbergbau beobachten. Im Bezirk Halle ist der Schichtlohn um 1 Pfg., in Clausthal um 4 Pfg. gesunken. Noch deutlicher zeigt sich der Rückgang, wenn man die verdienten Lohnsummen für das ganze Vierteljahr zusammenfaßt. Da

zeigen sich nämlich Differenzen von 2-9 Mk. Das scheint auf den ersten Blick nicht allzuviel zu sein. Wenn man aber bedenkt, daß die Vergleiche an sich kein allzuhohe Einkommen haben, daß ferner die Preise für Lebensmittel und andere Bedarfsartikel fortwährend im Steigen begriffen sind, dann bedeutet auch ein kleiner Rückgang im Einkommen einen schwereren Schlag für die Arbeiterfamilie. Beinahe 100 000 Arbeiter werden von diesen Lohnrückgängen betroffen. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß die geistliche Konjunktur zurzeit noch günstig und anzunehmen ist, daß bei einer Verschlechterung dergleichen weitere Lohnsenkungen für die Arbeiter zu verzeichnen sind, so haben die Vergleiche tatsächlich allen Anlaß, der Zukunft mit Sorge entgegenzugehen. Sie werden also nur darauf tun, sich der Organisation anzuschließen, die am ersten in der Lage ist, Verschlechterungen zu verhindern.

Ueber die Tätigkeit des Jugendgerichts Berlin. Mitte im Jahre 1912 bringt der Jugendrichter Amtsgerichtsrat Dr. Köhne in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristenztg.“ eine interessante Statistik. Von den Abgeurteilten waren 1162 männlichen und 339 weiblichen Geschlechts. 127 waren außerhalb der Geburt. Bei den übrigen führten in 946 Fällen die Eltern einen gemeinsamen Haushalt; 269 waren halb verwais, 27 ganz verwais; in 96 Fällen lebten die Eltern getrennt. Von den Verurteilten waren bereits 147 vorbestraft, aber es findet von Jahr zu Jahr eine Abnahme der Vorbestraften, gegen die Anlage erhoben wird, statt; nach Köhne ein sicheres Zeichen der erfolgreichen Tätigkeit des Jugendgerichts. 190 Verurteilungen wurden freigesprochen, davon 43 wegen mangelnder Einwirkung; 73 wurden mit einem Verweis bestraft, 240 mit einer Geldstrafe und nur 343 mit einer Freiheitsstrafe, die nur in vier Fällen die Dauer von sechs Monaten überstieg. Es wurde aber in 261 Fällen Strafaussetzung mit Aussicht auf bedingte Bewandlung gewährt. 649 verurteilte Jugendliche wurden unter Schutzauufsicht genommen, bei 322 wurde die Fürsorgeerziehung eingeleitet. Von den früher abgeurteilten Jugendlichen ist die Führung drei Jahre lang kontrolliert worden, und es ergab sich hierbei, daß die Führung der großen Mehrzahl dauernd gut geblieben ist.

Der Referent bekundet, daß die Ziffern für Berlin-Mitte ein dauerndes Herabgehen der Kriminalität der Jugendlichen ergeben; das Jugendgericht habe demnach die Erwartung gerechtfertigt, die zu seiner Einrichtung geführt. Es sei deshalb in hohem Grade wünschenswert, daß das deutsche Jugendgerichtsgesetz, das jetzt den Reichstag beschäftigt, zustande komme und daß damit für die gezielte Festlegung und Verallgemeinerung derjenigen fürsorgeerziehenden Maßnahmen Sorge getragen werde, mit denen in Berlin Erfolge erzielt wurden.

Auf die Zunahme des Fideikommisswesens haben wir letzthin leider mehrfach hingewiesen müssen. Noch eine kleine Ergänzung zu dem, was wir bereits mitgeteilt haben: Der weitaus größte Teil der Fideikommissie ist in Preußen überhaupt erst nach dem Jahre 1850 entstanden. In dem Zeitraum von 1890-1900 sind 116 neue Fideikommissie gegründet worden, also im Jahresdurchschnitt 11 und ein halbes. Bis zum Jahre 1905 blieb die Zahl niedrig. Erst 1906 nahm die Fideikommissbildung einen fast doppelten Umfang an: 1906 wurden 23, 1907: 16, 1908: 19, 1909: 25 und 1910: 17 Fideikommissie neu gegründet. Es wurden also im Durchschnitt seit 1906 jährlich 20 neue Fideikommissie gegründet. Man sieht daraus, daß die Zunahme in die Zeit der Wilhelmschen Handelsverträge fällt. Diese Handelsverträge haben eine starke Bevorzugung des Großgrundbesitzes mit sich gebracht, und dadurch ist natürlich die Bildung des Fideikommisswesens begünstigt worden. So darf man sagen, daß die Zunahme der Fideikommissie die Folge der jetzigen deutschen Wirtschaftspolitik ist. Der inneren Kolonisation, die dem deutschen Volke so bitter noch tut, werden dadurch immer größere Hindernisse in den Weg gelegt. Will man also den Kern des Übels beseitigen, so muß dafür gesorgt werden, daß die Träger der jetzigen Wirtschaftspolitik aus ihrer Machtstellung verdrängt werden.

Der sittliche Wert der Genossenschaftsbewegung. Im Kampfe der Händler wider die Konsumgenossenschaften trifft man auch die Behauptung an, die Organisation des Konsums sei in moralischer und sittlicher Hinsicht vom Übel. Die Widerwärtigen lieben überhaupt die Vertufung auf Moral und Sitte sehr. Es fällt ihnen

garnicht so schwer, der Genossenschaftsbewegung jegliche Fähigkeit, an der Fortentwicklung der Kultur mitzuarbeiten, abzuspreden. Wäre das richtig, so gäbe es tatsächlich nichts Unnützlicheres als den genossenschaftlichen Zusammenschluß. Doch Einhalt oder absichtliche Wundtun ist so gebärdet, ist bekannt genug. Es ist aber doch angenehm, von Zeit zu Zeit auf Urteile hinweisen zu können, die der sittlichen Seite der genossenschaftlichen Arbeit gerecht zu werden sich bemühen. In der Nr. 5 der „Ethischen Rundschau“ ist folgendes zu lesen:

„Zweifellos bedeuten die Genossenschaften einen Fortschritt gegen den Egoismus. Eine Genossenschaft will alle erzielbaren Vorteile den Genossen gleichmäßig zugute kommen lassen, während der Geschäftsmann über den Gewinn des Unternehmens allein verfügen will. Jeder Genosse, ob er nun einen oder zehn Geschäftsanteile hat, verfügt über nur eine Stimme. Es ist in den Genossenschaften unmöglich, wie etwa in kapitalistischen Aktiengesellschaften, mittels des Geldes Einfluß und Wehrheit zu gewinnen. Ferner haben es die deutschen Konsumvereine für ihre Ehrenpflicht gehalten, die Verhältnisse ihrer Angestellten zu sichern und beständig zu verbessern und ihnen ausreichende freie Zeit und Erholungsurlaub zu gewähren. Auch andere Aufgaben ethischer Art übernehmen diese Konsumvereine. So verleiht der Konsumverein zu Halle vor einigen Jahren an eine Anzahl seiner arbeitslosen Mitglieder 2000 Mark. Die englischen Genossenschaften gewähren seit vielen Jahren den Seerettungsschwimmern namhafte Beiträge. Auch, diese Vereinigungen bemühen sich ernsthaft und nach Kräften, das Gebot: „Liebe deinen Nächsten und sei ihm ein Bruder!“ zu erfüllen. Eppenheimer formuliert das so: „Genossenschaftlicher Geist und allgemeine Sittlichkeit sind identisch.“ Wenn das aber nicht genug ist, der häre Folgt: „Die Gründung und Förderung von Genossenschaften ist die einzige soziale Tätigkeit, welche sich einem moralischen Menschen, der kein Bedrücker sein will, in unserer Zeit gestattet.“

Einer anderen Zeitschrift, der „Deutschen Rundschau“, nötigt die Konsumgenossenschaftsbewegung jene Artuna ab, die sie allen sozial empfindenden Menschen stets abtrotzen wird. Das kommt in einer längeren Abhandlung zum Ausdruck, in der auch zu lesen ist:

„Hier ist eine Schule für die Beforgung von öffentlichen Geschäften. Hier ist Gelegenheit zu lernen, was es bedeutet, im Dienste für ein Gemeinwesen zu arbeiten. Hier sieht man auch, welches die Bedingungen, die Genüsse sind, wenn man die Welt verbessern will.“

Das lautet einigermaßen anders als das Gebot von dem Mangel an sittlichen Werten in der Genossenschaftsbewegung. Mit die Genossenschaft eine Schule für die Beforgung öffentlicher Angelegenheiten, so soll man eine Sache mit größerem sittlichen Inhalte noch machen. Die Arbeit für die Allgemeinheit ist Arbeit von höchstem sittlichen Werte. Wer es bestreitet, hat den Befähigungsnaehweis erbracht, Kräfte und Mittelstandsretter zu sein.

Gewerkevereins-Teil

Mülheim (Ruhr). Der hiesige Ortsverband hielt am 8. Juni seine Vertreterversammlung ab, die zu einer allgemeinen Mitgliedsbereinigung erweitert war und sich eines guten Besuchs erfreute. Nur die Ortsvereine der Federarbeiter von Mülheim, Bross und von Saarn fehlten. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt der Kollege A. Duisburg einen lehrreichen Vortrag über „Unsere Forderung eines neuen Arbeitsrechts“. In der Hand eines reichhaltigen Materials wies der Redner auf die Berechtigung unserer Forderung und die Notwendigkeit ihrer Erfüllung hin. Dabei gab er einen Uebersicht über die Entwicklung Deutschlands von einem Anarchismus zum Individualismus, erörterte mit vielem Geschick die Stellung der Regierung zu dieser Entwicklung und wies an verschiedenen Beispielen nach, daß der Staat in der Tat vielfach die Wünsche der Großindustrie berücksichtige, den Arbeitern jedoch im Kampfe um eine Verbesserung ihrer Lage hindernd in den Weg trete. Auf vielen Gebieten verlage die Gesetzgebung überhaupt. So gebe es keinerlei Schutz, wenn z. B. ein Unternehmer einen Arbeiter wegen der Ausübung seiner Staatsbürgerpflicht als Gewerkevereinsmitglied entläßt. Der Redner fand mit seinen Ausführungen reichen Beifall, namentlich auch bei der Erwähnung des Zwischenfalls auf unserm Verbandstage. Von einer Diskussion wurde abgesehen, um nicht den guten Eindruck des Vortrages abzuschwächen. Im Schlußwort sagte Redner noch einmal kurz die wesentlichen Punkte des geforderten Arbeitsrechts zusammen.

München. Der hiesige Ortsverband hielt am 10. Juni eine gutbesuchte Vertreterversammlung ab. Zunächst berichtete Kollege Adler über den diesjährigen Verbandstag, wobei er die gefassten Beschlüsse erläuterte. Eingehender besprach er den Konflikt mit den Regierungsvertretern nach dem Vortrage des Kollegen Gleichauf und dankte diesem sowohl wie dem Kollegen Hartmann für ihr mannhaftes Auftreten. Im Anschluß daran fand eine allgemeine, Aus-

